

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagspreis bei Abnahme von 100 Exemplaren 1,20 Mk. (einschl. 10% Umlage), bei Abnahme von 500 Exemplaren 1,00 Mk. (einschl. 10% Umlage), bei Abnahme von 1000 Exemplaren 0,80 Mk. (einschl. 10% Umlage). Einzelhefte 10 Pf. (einschl. 10% Umlage). Abnahme von 1000 Exemplaren 10 Mk. (einschl. 10% Umlage).

Verlag v. Leipzig & Neudamm, Dresden-N. 1, Marienstraße 18/19. Fernruf 25221. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden.

Abnahme von 1000 Exemplaren 10 Mk. (einschl. 10% Umlage), bei Abnahme von 500 Exemplaren 1,00 Mk. (einschl. 10% Umlage), bei Abnahme von 100 Exemplaren 0,20 Mk. (einschl. 10% Umlage). Einzelhefte 10 Pf. (einschl. 10% Umlage).

## Die militärische Bewertung der Polizei

### Zweierlei Maßstab in Genf - Deutscher Protest

Von unserem nach Genf entsandten W. H. Sonderberichterstatter

Genf, 29. Mai. Der Effektivbericht der Abrüstungskonferenz hat heute den Bericht an den Hauptausschuss über den militärischen Charakter der Polizei abgeschlossen. In dem Bericht wird festgestellt, daß von der gesamten deutschen Gendarmerie die internationalisierte Bezeichnung in Höhe von 14.000 Mann, die Polizei in Höhe von 1000 Mann bei der endgültigen Festlegung der deutschen Gendarmerie in Rechnung gebracht werden sollen. Jedoch ist in dem Bericht auf Grund eines englischen Vorschlags ein gewisses Kompromiß dahin angenommen worden, daß jeder Staat berechtigt ist, von den als militärischen Charakter erklärten Polizeikräften einen Teil in Höhe von 10 Prozent der nationalen Armeen in Abrechnung zu bringen.

Angesichts dieses Berichtes sah sich Deutschland gezwungen, folgenden ersten Vorbehalt einzubringen, der im Protokoll eingetragen wird:

Die deutsche Delegation legt eine allgemeine Reserve gegen die Mehrheitsbeschlässe des Komitees bezüglich der Bewertung der Polizei ein.

weil das Komitee sich bei seinen Entscheidungen nicht immer in gleicher Weise an die festgelegten Kriterien gehalten und die einzelnen Fälle nach verschiedenen Maßstäben behandelt hat, besonders bezüglich der verschiedenen Verhältnisse der Länder. Dieser Vorbehalt wurde vom General Schönböck in längerer Rede mit vollem Ernst begründet. An vielen einzelnen Beispielen wies er nach, daß immer wieder mit verschiedenen Maßen gemessen worden ist. Während z. B. bei der deutschen Gendarmerie schon die Ausbildung mit der Maschinenpistole genügt, um die Polizeikräfte als Soldaten anzupreisen, wurden in anderen Ländern mit Maschinengewehren und Transportmitteln jeder Art ausgerüstete Polizeiverbände unter den verschiedensten Vorwänden überhaupt nicht berücksichtigt. Der deutsche General wies auch nach, daß die besonderen deutschen Verhältnisse, wie die Schwäche der Reichswehr, die deutsche Bevölkerungsdichte, die entmilitarisierte Zone, die alle der

Polizei besondere Aufgaben stellen, überhaupt nicht in Rechnung gezogen sind.

Diese aufrichtigen Worte erregten im Technischen Komitee, wie zu erwarten war, große Entrüstung.

In die Debatte griffen besonders die Vertreter Frankreichs und Amerikas ein. Der deutsche Vertreter ließ sich aber nicht berühren, sondern ging nochmals ausführlich auf die besonderen Verhältnisse Deutschlands ein. Er stellte fest, daß im Verhältnis der Wehrmacht zur Bevölkerungszahl in Deutschland nur 1% ausgebildete Soldaten auf 1000 Einwohner fallen, bei Polen dagegen 7, Frankreich 8, Belgien 8%, Tschechoslowakei 9% Soldaten.

Bei den Verhandlungen des Hauptausschusses über die Sicherheit hielt heute nachmittag der italienische Vertreter Soragna eine ausgezeichnete wichtige Rede. Mit schlagenden Gründen wurde darin noch deutlicher und schärfer, als es von englischer Seite geschehen ist, daß von der französischen Clique mit russischer Hilfe ein System der Festlegung des Angreifers abgelehnt.

Das Ziel Paul-Boncour auf den Plan.

Mit allen Ränken adpatistischer Ideologie lehnte der französische Außenminister sich wieder für dieses System ein, das allein der Roosevelt-Volkswirtschaft einen Sinn geben könne. Zum Schluß kam sogar eine verdeckte Drohung: Wenn die Bestimmung über die Festlegung des Angreifers nicht angenommen werden würde, so lege er bezüglich der weiteren Arbeiten ernsthafte Befürchtungen. Als geradezu protestmütig es an, daß die russischen Vorschläge, deren eigentlicher Sinn war, jede Kollektivhandlung gegen einen Staat zu erschweren, nun im politischen Komitee als Teil eines Planes erschienen, der eben jene Intervention militärischer oder wirtschaftlicher Art ermöglichen soll, die Rußland so fürchtet. Deutschland hat sich heute sehr zurückgehalten, also nur einige technische Anregungen vorgebracht. Das es aber in dieser Frage dem englischen Standpunkt beipflichtet und im Endziel mit den Italienern übereinstimmt, ist bekannt.

### Deutsch-österreichisches Schicksal

Die Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen muß jeden an seinem Volkstum hängenden Deutschen mit erster Sorge erfüllen. Vom Jankowskyplan Schobers über die Laufanner Politik Dollfuß und dessen Belagerungszustand gegen die nationalsozialistische Bewegung bis zur Verhängung der Reisepolizei von Berlin aus führt eine Linie, die ununterbrochen nach abwärts geht. Freude und Gewinn haben daran nur die Feinde des Volkstums, die Deutschland und Oesterreich gleich übel wollen, ob sie nun von Paris oder von den Hauptstädten der Kleinen Entente aus gegen die gesamtdeutschen Interessen arbeiten. Diese Einsicht muß bestimmend für die Beurteilung der gegenwärtigen Krise und für die Lösung all dieser Schwierigkeiten und Mißverständnisse sein.

Wenn sich die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Wochen harte Zurückhaltung gegenüber den Angriffen auferlegte, die fast jeden Tag aus dem Munde christlichsozialer Minister gegen das neue Reich gerichtet wurden, wenn wir über fremde Schmäherungen gegen den „Braunen Volksweltismus“ und Baugolts geschichtsklitternde Entgeleisungen den Mantel völkischer Rücksichtliebe gedeckt haben, so geschah das in dem Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber der deutsch-österreichischen Schicksalsverbundenheit und in der Erwartung, daß auch die Wiener Bundesregierung das Gleichgewicht bei der Behandlung der deutschen Probleme wieder finden werde. Das Regime Dollfuß hat sich aber durch solche Gemummungen in der Fortsetzung seiner Bestrebungslosigkeit nicht aufhalten lassen. Auf die Maßnahmen, die sich zunächst immerhin noch gegen die österreichische Organisation der NSDAP richteten, wie Uniform-, Aufmarsch- und Zeitungsverbote, folgten Schläge, die unmittelbar die reichsdeutsche Partei und damit das Reich selber treffen sollten. Es blieb nicht bei der Ausweisung reichsdeutscher Führer und bei der amtlichen Ablehnung eines deutschen Ministerbesuches, sondern den unersündlichen Handlungen folgten Beschimpfungen so großer Art, daß die Reichsregierung, um die beleidigte Ehre des neuen Staates zu schützen, zu Gegenmaßnahmen greifen mußte. Und ihrem Charakter entspricht es, daß sie auf die Rabelstiche nicht mit ebenso kleinlichen Kampfmitteln antwortete, sondern mit einem Keulenschlag, der die deutsch-österreichische Frage in ihrer Gesamtheit neu aufrollt. Denn man kann sich nicht vorstellen, daß die Aufrichtung einer Scheidewand an einer Grenze, die ebensowenig wie die schäblich-bourgeoise eine haaltliche Grenze ist, eine bleibende oder auch nur dauernde Regelung darstellen soll. Diesen Zustand kann Oesterreich schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht ertragen im Hinblick darauf, daß die Reichsdeutschen in den Alpengebieten über 70 Prozent des österreichischen Reiserverkehrs mit Millionenausgaben bestreiten, und für das neue Reich ist dieser Zustand gerade wegen seiner völkerverbindenden Wirkungen unerträglich. Wir möchten daher hoffen, daß die Wiener Regierung nicht, wie ihr nachgelagert wird, daran denkt, die deutsche Maßnahme durch eine Devisen- oder Handelsperre noch zu übertrumpfen, den Schaden zu vergrößern und die Freude der Deutschenfeinde zu erhöhen, sondern daß sich die Verantwortlichen von beiden Seiten in dem ehrlichen Bemühen vereinen, den Konflikt mit allen seinen Ursachen aus der Welt zu schaffen.

Dazu gehört allerdings eine Verständigung über die Grundlagen des deutsch-österreichischen Verhältnisses, die sich seit der Abschließung des politischen und wirtschaftlichen Anschlußgedankens nicht verändert haben, aber durch rein parteipolitische Denken verzerrt worden sind. Es ist der Welt innerer deutscher Zweierlei, der am 6. März in Bayern und den süddeutschen Zentrumskreisen allmählich überwunden worden ist, der sich von dort nach Wien geschleppt hat und mit Hilfe der besonderen außenpolitischen Umstände das dort neu entdeckte „Oesterreichertum“ als Bollwerk gegen den überall — nun auch in Wien, Danzig und im Saargebiet — sieghaft vordringenden deutschen Gedanken auszubauen sucht. Von diesem Standpunkt aus glaubt das System Dollfuß, gegen den ausgeprochenen Willen einer Volksmehrheit, aber gestützt auf die legitimistischen Schwarzgebeilen und die clerikalen Kräfte, die „Selbständigkeits“-Oesterreich mit diktatorischen Mitteln verteidigen und im Volke die Vorstellung erwecken zu müssen, als ob der deutsche Nationalsozialismus keine anderen Sorgen hätte, als möglichst schnell nach der Gleichhaltung Oesterreichs einen Reichskommissar nach Wien zu schicken und aus ganz Oesterreich eine „preußische Kolonie“ zu machen. Aus diesem grundlegenden Irrtum entstehen alle anderen Mißverständnisse der letzten Zeit; ihn gilt es deshalb vor allem auszurotten, wenn die Bereinigung der deutsch-österreichischen Beziehungen mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg in Angriff genommen werden soll. Und hier gilt für das Verhältnis vom Volkstum und Oesterreichertum daselbe, was der Reichskanzler Adolf Hitler in seiner großen Reichstagsrede vom Verhältnis des deutschen Volkstums zu den fremden Nationen gesagt hat. Wie wir diesen gegenüber keine Exkommunikationspolitik allen Willens treiben wollen, so denken wir auch nicht daran, Oesterreich zu „verpreußen“. Wir wissen, daß man das österreichische Problem nicht so anpacken und lösen kann, wie das bayerische. Der Nationalsozialismus steht die „österreichische Mission“, von der jetzt in Wien ja

## Schachts Warnung an die Transferkonferenz

### Klarheit über die Devisenlage

Berlin, 29. Mai. Reichsbankpräsident Dr. Schacht eröffnete die Transferzusammenkunft mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es sich nicht um eine Regierungsangelegenheit, aber auch nicht um eine Aussprache zwischen deutschen Schuldnern und ausländischen Gläubigern handele, da das Transferproblem kein privatwirtschaftliches, sondern ein rein volkswirtschaftliches sei, wofür in erster Linie die Reichsbank zuständig sei. Dr. Schacht stellte dann ausführlich dar, wie es zu der Transferkrise kam, die ihre letzte Ursache in den Reparationen habe. Die ausländische Kreditengpässe an Deutschland nach der Stabilisierung habe die Wiederaufstellung der Rohstofflager, den Wiederaufbau der Exportorganisation und die Vergrößerung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank ermöglicht. Die Tatsache, daß die Auslandskredite größtenteils in Form von Waren nach Deutschland hereinströmten, stand im Gegensatz zu den Bestrebungen der Reparationspolitik, daß Deutschland seinerseits seine Reparationslast durch einen verstärkten Warenexport abdecken sollte. Da sich das Ausland gegen den Export kränkte, sei nichts anderes übrig geblieben, als die Auslandskredite zu Reparationszahlungen zu verwenden. Dies an sich völlig verkehrte System brach nach der amerikanischen Oktoberkrise 1929 zusammen. Der Zusammenbruch der österreichischen Kreditbank gab dann den Anstoß zur direkten Transferkrise, zur Einführung der kurzfristigen Auslandskredite und zur Einführung der Devisenwangswirtschaft.

Die Stillhalteabkommen hätten aber die Beendigung der Transferkrise nur verschoben.

Zeit der Amerikakrise seien über 10 Milliarden Reichsmark an Kapital und Binsen aus Deutschland abgeflossen. Die

Devisenwangswirtschaft habe zu einer völligen Bahmlagerung des gesamten Handels und damit zu einer weiteren Verringerung der Devisenbestände geführt. Es sei nicht Aufgabe der Reichsbank, ihre Devisen- und Goldbestände zur Erhaltung mehr oder minder langfristiger Schulden der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Eine solche Politik mache das zentrale Notenbankinstitut handlungsunfähig.

Der übermäßige Transfer habe die Reichsbank außer Gefecht gesetzt.

Sie könne, obwohl sie die Mark durch die Devisenwangswirtschaft stabil halte, wegen ihres Mangels an Gold und Devisenreserven den Geld- und Devisenmarkt nicht regulieren. Eine mandatorienfähige Notenbank liefere aber — dies sei die schlimmste Wirkung der ganzen Entwicklung — ein Land jedem Zufall aus.

Dr. Schacht wies zum Schluß darauf hin, daß nach Abzug des am 1. Juli fälligen Goldbilanzkontokorrentkredits die Reichsbankreserve unter 300 Millionen gesunken, die Deckung mithin auf 8% gefallen ist.

Es bestehe Gefahr, daß die Reichsbankreserve auf Null zusammenschrumpfe.

Dr. Schacht schloß: „Wenn wir die Dinge weiterlaufen lassen, kommt die Reichsbank in Gefahr, den Verkauf von Reichsmark im Ausland nicht mehr verhindern zu können, d. h. wir kommen mit Sicherheit in ein völliges Dilemma der Reichsmark hinein und erleben eine neue Entwertung der Reichsmark, die eine noch größere Katastrophe bedeuten würde als die von 1923, eine Katastrophe, die die Reichsbank weder zu leisten noch zu verantworten gewillt oder in der Lage ist.“

### „Graf Seppelin“ in Rom

Rom, 29. Mai. Das in Rom mit Spannung erwartete Luftschiff „Graf Seppelin“ hat am Montag, nachdem es um 11.30 Uhr bei anziehendem Sturm über Genoa gestrichen worden war, um 14.30 Uhr die italienische Hauptstadt erreicht und in wenigen Minuten später über dem Militärflugplatz Ciampino eingetroffen.

Wegen des starken Westwindes und großer Schwärme lag das Landungsmanöver bis 16.15 Uhr hin. Die Landung ging sehr glatt von statten. Nach dreiviertelstündiger Pause, während der das Luftschiff vom König und Mitgliedern der königlichen Familie besichtigt wurde, startete „Graf Seppelin“ auf einem Rundflug über Rom, die Campagna und die Albaner Berge.

„Graf Seppelin“ landete nach etwa halbstündiger Rundfahrt gegen 20 Uhr. Sämtliche Teilnehmer des Flugmanövers

hoherten sich in begeisterten Worten über den herrlichen Anblick, den die im Abendlicht dahliegende römische Campagna und die Berggipfel der Albaner Berge boten. — Nach Übernahme der außerordentlich zahlreichen Post nach allen europäischen Ländern und nach Südamerika vollzog das Luftschiff den endgültigen Start kurz vor 8 Uhr abends unter dem dräuenden Heißfall einer noch immer nach Tausenden zählenden Zuschauermenge und unter den feierlichen Klängen des Deutschlandliedes.

### „D. U. S.“ auf drei Monate verboten

Berlin, 29. Mai. Wegen eines Betrugsfalls, „Bruderzweig“, in dem an dem Burgchen der Reichsregierung gegen Oesterreich Kritik geübt wird, ist die „Deutsche Allg. Ztg.“ heute auf die Dauer von drei Monaten verboten worden.